

04296 - 0001-000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur.....

P

*Sturp
Lins*

Datum.....

16. März 1946

Neue Hamburger Presse

Nr. 75

Kämmerer Dudek — SPD

Der neue Kämmerer der Stadt Hamburg, Senator Dudek, ist nicht — wie berichtet wurde — partellos, sondern gehört, wie wir erfahren, bereits seit 1916 der Sozialdemokratischen Partei an.



Hamburgisches
Welt-Wirtsch.-Archiv

04296-0002-000
Hamburger Echo

№ 50

21. Sep. 1946

Senator Dr. Walter Dudek

Senator Dr. Walter Dudek ist ein alter sozialdemokratischer Kommunalpolitiker, 1890 in Thüringen als Sohn eines kleinen Postbeamten geboren, studierte er Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft. An der Wasserkante wurde er allgemein bekannt, als er 1925 zum Oberbürgermeister von Harburg gewählt wurde. In dieser Position setzte er sich tatkräftig für die Verschmelzung der Gemeinden Harburg und Wilhelmsburg ein. 1933 wurde er als sozialdemokratischer Oberbürgermeister von den Nazis aus dem Amt entfernt. 1945 kehrte er nach Harburg zurück, und 1946 wurde er wegen seiner ausgezeichneten Kenntnisse kommunaler Finanzwirtschaft zum Finanzsenator und Stadtkämmerer von Hamburg berufen. Für die Wahl am 13. Oktober ist er von der SPD für den Wahlbezirk 8 (Harbg. - Wilhelmsburg, Ausgabestellen 801 bis 804 und 810 a und b) auf die Kandidatenliste gesetzt worden. Mit ihm stehen zur Wahl der Maurerpolier Willi Grabbert, die Brothändlerin Bertha Kröger und der Müller Walt. Mohr.



Dr. Walter Dudek, Finanzsenator und Stadtkämmerer, sozialdemokratischer Bürger-schaftskandidat

Niederdeutsche Zeitung (Hamburg)

Nr. 85

Senator Dudek über Finanzprobleme

Theaterzuschüsse und Schulgeldfreiheit untragbar — Mieterhöhung erwogen

In einem auf Einladung der hamburgischen Verwaltungs-Akademie gehaltenen Vortrag über Haushaltsprobleme in Hamburg forderte Senator Dudek alle beteiligten Stellen zur äußersten Sparsamkeit auf. Nach Dudeks Angaben beliefen sich die Guthaben der öffentlichen Hand am Währungsreform-Stichtag auf 800 Millionen RM, die nach dem Währungsgesetz für verfallen erklärt wurden. Dafür erhielt Hamburg eine Erstausrüstung von 200 Millionen DM, mit der noch heute zuzüglich der normalen Einnahmen gearbeitet wird.

Der Betrag dieser normalen Einnahmen kann vorerst schwer abgeschätzt werden. Man rechnet jedoch damit, daß das Gemeindesteueraufkommen in diesem Haushaltsjahr nur 80—85 % des Vorjahres ausmachen wird, das Reichssteueraufkommen 60—65 %. Gegenwärtig laufen nur etwa 50 % der Steuererträge der Vergleichszeit des Vorjahres ein.

Da die Ausgaben annähernd gleich hoch geblieben sind, mußten nach Dudeks Angaben zunächst die Gebühren erhöht werden. Darunter fallen auch die Gebühren für die städtischen Werke, die seit 1945 große Fehlbeträge aufweisen. Mit einer Erhöhung der Gebühren für die städtischen Krankenhäuser ist ebenfalls zu rechnen, da allein die Kohlenpreiserhöhung einen Mehraufwand für die Krankenhäuser von 1 Million DM pro Jahr erfordert.

Bezüglich der Möglichkeit, die Ausgaben im öffentlichen Haushalt einzuschränken, stellte Senator Dudek fest, daß die personellen Aufwendungen zunächst kaum merklich zurückgehen werden, da sich vorerst keine großen Möglichkeiten eines Abbaues bei den Verwaltungsbehörden ergeben. Die sachlichen Ausgaben seien infolge des in den Kriegsjahren zurückgestauten Bedarfes und die inzwischen eingetretene Preissteigerung verhältnismäßig hoch.

Bei den Sozialausgaben bemüht sich Hamburg besonders, möglichst den vorgesehenen Betrag von 16 Millionen DM für die Jugendhilfe aufwenden zu können. Bei der Erwerbslosenfürsorge sind nach der Geldreform bisher noch nicht die erwarteten Belastungen eingetreten, doch besteht die Gefahr, daß in den Wintermonaten die Erwerbslosenzahl wesentlich ansteigen wird. Vorerst werden in Hamburg noch etwa 9000—10 000 Facharbeiter gesucht.

Bei einer Untersuchung der Aufwendungen Hamburgs für kulturelle Zwecke wandte sich Senator Dudek gegen die Einführung der Schulgeldfreiheit. Er befürwortete statt dessen eine angemessene finanzielle Unterstützung besonders begabter Schüler.

Die Unterstützung der Theater bereitet dem Finanzsenator große Sorgen, da im vergangenen Jahr beispielsweise die Staatsoper pro Abend für jeden Besucher 20 RM staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen mußte. Diese Subventionen können nach Dudeks Ansicht nicht mehr verantwortet werden. Andererseits wird auf kulturellem Gebiet die Errichtung einer Musikhochschule, die Gründung einer

theologischen Fakultät, der Akademie für Gemeinwirtschaft und einer Schiffbauhochschule erwogen.

Einen wesentlichen Posten der Ausgaben Hamburgs bilden die Aufwendungen für Baumaßnahmen. Für diesen Posten sind 181 Millionen DM im Haushaltsplan vorgesehen, davon 39 Millionen DM für die Trümmerbeseitigung. Bis zur Währungsreform sind in Hamburg etwa 10 % der Trümmer beseitigt worden. Ob diese Arbeiten fortgesetzt werden, ist noch nicht entschieden. Zur Durchführung des Wiederaufbaues wird gegenwärtig die Möglichkeit einer Mieterhöhung oder einer Wohnraumbesteuerung zugunsten eines Wiederaufbaufonds erwogen. Die für den Hafenaufbau vorgesehenen 30 Millionen DM werden vorläufig nicht in diesem Umfang verwendet werden.

Bei diesem Überblick über die Finanzierungsmöglichkeiten des Wiederaufbaues gab Senator Dudek bekannt, daß von 1945 bis August 1948 in Hamburg 38 000 Wohnungen instandgesetzt und 11 000 Wohnlauben winterfest gemacht wurden. Von den 563 533 Wohnungen vor dem Kriege sind jetzt noch 386 000 vorhanden, davon 115 000 völlig unbeschädigt.

Abschließend teilte Senator Dudek mit, daß in der britischen Zone die Länderhaushalte vorläufig noch nach dem Haushaltsplan vom April 1948 geführt werden, indem lediglich eine Umstellung der RM-Beträge auf DM-Beträge erfolgte. Die Ausgabenbewilligung erfolgt in Form von Betriebsmittelzuteilungen, die im allgemeinen in Hamburg zunächst bis zu 60 % des vorgesehenen Betrages zugewiesen werden.

Hamburger Volkszeitung

Nr. 37

Die geheimnisvolle Finanzpolitik Dr. Dudeks

Die Hamburger Steuerzahler staunten nach der Bürgerschaftssitzung am 23. März über die Bewilligungsfreudigkeit der Bürgerschaft, die den Senatsanträgen von rund 50 Millionen DM zustimmte. In der morgigen Plenartagung der Bürgerschaft stehen weitere Nachforderungen zur Abstimmung. Frau Abg. Magda Langhans nimmt zu dem Thema „Finanzpolitik“ nachstehend Stellung:

In der morgigen Bürgerschaftssitzung ist mit dem Senatsantrag Nr. 72 eine

Nachforderung in Höhe von DM 71,2 Millionen auf der Tagesordnung. Der Senat will sich diesen Betrag einen Tag vor Ablauf des Rechnungsjahres bewilligen lassen.

Ein Teil dieser Anträge des Senats war längst fällig. Der Senat hat seit der Währungsreform bis zur Verabschiedung des DM-Etats vor einigen Wochen die Senkung der sachlichen und sozialen Ausgaben der Behörden und Ämter um 40 % durchgeführt. Unter Anwendung des § 27 des Währungsgesetzes wurde die Auszahlung von weiteren Hilfen in Notfällen an Beamte, Angestellte und Arbeiter gesperrt und den im Außendienst Beschäftigten die tariflich vereinbarten DM 30,— mtl. Zehrkosten gestrichen.

Der Schulbehörde verweigerte man die von der Bürgerschaft bewilligten 230 000,— für Erziehungsbeihilfen; es wurden die Reparaturen der Abortanlagen in den Schulen abgelehnt. In den Hamburger Krankenhäusern fehlt es an dringend benötigter Kranken- und Bettwäsche und es standen für die Rachitis-Bekämpfung monatelang keine Hilfsmittel zur Verfügung.

Bewußt hinausgezögert wurde die Haftentschädigung für die politischen Verfolgten des Nazi-regimes. Die Vorarbeiten für ein Wiedergutmachungsgesetz in Hamburg sind noch völlig in der Schwebe und immer deutlicher zeigt sich, daß der Senat Gegner von berechtigten Wiedergutmachungsforderungen ist.

Die Anträge der Kommunistischen Bürgerschaftsfraktion auf Erhöhung der Unter-

stützungssätze für Unterstützungsempfänger und Auszahlung von Winterbeihilfen, von Beihilfen für rückkehrende Kriegsgefangene wurden abgelehnt. Die Begründung für die Ablehnung gab Dr. Dudek mit den Worten: „Es fehlen die Gelder!“

Nach den vom Senat vorliegenden Anträgen hat der Hamburger Staat aus den laufenden Einnahmen rund

150 Millionen DM mehr eingenommen,

als er erwartete. Das ist ein Beweis für die zu hohe Steuerbelastung in Hamburg. Unnötig waren deshalb die von der Bürgerschaft gegen den Willen der kommunistischen Fraktion beschlossenen steuerlichen Belastungen, die

Tarifierhöhungen für Gas, Strom und Wasser und die Heranziehung der Behelfsheimbewohner zur Grundsteuer und Wohnraumabgabe.

Die Bürgerschaft ist von dem Finanzsenator Dr. Dudek über den wirklichen Stand der Hamburger Finanzen in den letzten Monaten nicht unterrichtet worden. Durch seine Äußerungen von der schwierigen Finanzlage in Hamburg hat er die Öffentlichkeit getäuscht und die Bürgerschaft muß die Forderung erheben, durch regelmäßige Veröffentlichungen der Bevölkerung Kenntnis von der wirklichen finanziellen Lage Hamburgs zu geben. Die geheimnisvolle Finanzpolitik Dr. Dudeks muß ein Ende haben.

Hamburger Freie Presse

Wirtschafts-Korrespondenz
193

Nr.

Wer geht wie mit unserem Geld um?

Finanzbehörde hält den Daumen drauf — Rechnungshof prüft und wacht

Unser rd-Redaktionsmitglied hat die Ausführungen von Senator **Duddek** über die Finanzlage Hamburgs (siehe Nr. 192 vom 15. Dezember) zum Anlaß genommen, sich mit dem Finanzsenator und dem Präsidenten des Rechnungshofes darüber zu unterhalten, wie Hamburgs Geld verwaltet wird.

Etwa 800 Beamte und Angestellte kümmern sich bei der Finanzbehörde um unser Geld, das aus Steuern, Gebühren sowie Einkünften aus dem Staatsvermögen und den Liegenschaften zusammenfließt.

Die schwierigste Aufgabe hat zweifellos die Haushaltsabteilung der Finanzbehörde, der es obliegt, den Haushaltsplan aufzustellen. Jede einzelne Behörde meldet ihre Ansprüche an den Finanzhaushalt bei der Finanzbehörde an und zwar nach dem alten Grundsatz „Je mehr du verlangst, desto mehr springt heraus“. Die Finanzbehörde muß also zunächst einmal in ein Tauziehen mit den einzelnen Behörden eintreten, um deren Anforderungen auf das ihr möglich erscheinende Maß zurückzuführen. Wenn die „Einzelwettkämpfe“ abgeschlossen sind, werden die Ergebnisse verglichen und abermals Besprechungen mit den Sachbearbeitern des Haushalts bei den einzelnen Behörden veranstaltet. Dann wird — nachdem vorher bereits die Finanzdeputation mitgewirkt hat — der Entwurf des Haushaltsplanes dem Senat zugeleitet, der ihn von sich aus an den Haushaltsausschuß der Bürgerschaft weitergibt. Und nun beginnt dasselbe Spiel von vorn noch einmal, nur daß diesmal in der Regel die Behördenchefs

selbst ihre Interessen vertreten müssen. Nach den Verhandlungen vor dem Haushaltsausschuß geht der Entwurf an die Finanzbehörde zurück, die nun den endgültigen Vorschlag dem Plenum der Bürgerschaft unterbreitet, das in seiner Gesamtheit über den Haushaltsplan diskutiert und abstimmt. Die Haushaltsabteilung selbst ist etwa 40 Mann stark.

Woher kommt das Geld?

Neben der zahlenmäßig kleinen Finanzabteilung, deren Aufgabe es ist, Stellungnahmen auszuarbeiten und innerhamburgische sowie übergebietliche Vergleiche anzustellen, besteht die Vermögens- und Schuldenverwaltung, die sich um die Staatsschulden zu kümmern hat, die Aufsicht über die Banken erledigt und den Besitz an Wertpapieren und Hypotheken verwaltet. Die Liegenschaftsverwaltung sorgt sich um die 27 462 Hektar städtischen Grundbesitzes in und die 2238 Hektar außerhalb Hamburgs. An Miet- und Pachtbeträgen werden jährlich 11,7 Mill. DM vereinnahmt. Die Steuerverwaltung zieht einerseits die gemeindlichen Steuern ein, wie Grundsteuer, Gewerbesteuer, Getränkesteuer, Lustbarkeitssteuer, andererseits arbeitet sie mit dem Oberfinanzpräsidium zusammen, dem sie als zentrale Finanzbehörde einstweilen noch übergeordnet ist. Demnächst werden die Oberfinanzpräsidien einen Landes- und einen Bundesteil enthalten, da beispielsweise die Einkommensteuer zum Teil beim Lande verbleibt, zum Teil an den Bund abgeführt werden muß. Wichtig für den Staatssäckel sind auch die Gebühren, die jeder Staatsbürger zu zahlen hat, wenn er eine Behörde für Spezialdienste in Anspruch nimmt. Am lukrativsten sind dabei die Gerichtsgebühren.

Die Landeshauptkasse zahlt Vorschüsse an die Amtskassen (bei jeder Behörde eine), über die diese abzurechnen haben, so daß die Einhaltung des Haushaltsvoranschlages gewährleistet ist.

All-round-Behörde Rechnungshof

Aber weder der Senat noch die Bürgerschaft noch die Finanzbehörde oder die übrigen Landesbehörden und ihre Unterabteilungen können mit unserem Geld machen, was sie wollen. Im Hintergrund steht der Rechnungshof der Hansestadt Ham-

burg, dessen Gründung die Bürgerschaft mit dem Gesetz vom 16. Dezember 1948 beschlossen hat und der „eine dem Senat gegenüber selbständige, nur dem Gesetz unterworfen oberste Landesbehörde“ ist. Der Rechnungshof, der von dem Präsidenten Dr. Weichmann geleitet wird, verfügt über ausgesuchte Experten auf allen Gebieten, die außer ihren Spezialkenntnissen auch noch ein fundiertes Wissen um die Finanzwirtschaft mitbringen. Sie führen entweder auf Anforderung oder aus eigener Initiative Prüfungen bei den Landesbehörden und ihren Unterabteilungen durch, in denen ermittelt wird, ob mit dem im Haushaltsplan vorgesehenen Gelde ordnungsgemäß und wirtschaftlich verfahren wird.

Der Rechnungshof wird beispielsweise auch herangezogen bei betrieblichen Umstellungen in Staatsbetrieben, Gutachten über Wirtschaftlichkeit abzugeben. Der Rechnungshof ist also der „Wachhund“ für Staatsausgaben, dessen Prüfer sozusagen richterliche Unabhängigkeit genießen.

Alljährlich werden der Bürgerschaft die Prüfungsbemerkungen des Rechnungshofes unterbreitet, in denen alle Beanstandungen und Mängel ausgesprochen werden, ganz gleich, ob es sich um einen zuviel angeschafften Bleistift oder eine falsch angewendete Million DMark handelt. In einer Denkschrift des Präsidenten werden die schwebenden Fragen außerdem unter größeren Gesichtspunkten angesprochen. Die Bürgerschaft berät über diese Beanstandungen und über die Denkschrift in öffentlicher Sitzung, so daß jeder Staatsbürger, wenn er Lust dazu verspürt, die Finanzgebarung Hamburgs und seiner Behörden genauestens verfolgen kann.

0 4 2 9 6 - 0 0 0 5 - BEC

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Dudek
Dr. Walter

Datum 2. Jan. 1950

Hamburger Echo

Nr. 1

Jubiläum des Finanzsenators

Hamburgs Finanzsenator Dr. Walter Dudek kann heute auf eine 25jährige Dienstzeit im Groß-Hamburg-Gebiet zurückblicken, wenn man dabei die Zeit hinzurechnet, die er durch das Nazi-regime aus dem Amt gestoßen wurde.

Vor 25 Jahren wurde er als vorheriger Dezernent der Dortmunder Stadtverwaltung zum Oberbürgermeister der damals noch preußischen Stadt Harburg gewählt. In dieser Stellung war er mit dem damaligen Oberbürgermeister Brauer von Altona zusammen ein wichtiger Partner bei den Groß-Hamburg-Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg, die dazu führten, daß das Städtegebiet kommunalpolitisch nach gewissen einheitlichen Gesichtspunkten verwaltet wurde. Nach 1945 übernahm Dr. Dudek sehr bald das Amt des Finanzsenators in dem nunmehr vereinigten Groß-Hamburg-Gebiet, das er mit großer Umsicht verwaltet.

Die Welt (Hamburg)

Nr. 2

Ehrung für Dr. Dudek

Sechszunddreißig Jahre alt war Dr. Walter Dudek, als er 1925 sein Amt als Oberbürgermeister der damals noch selbständigen Stadt Harburg antrat. Bis 1933 hat er dann sehr erfolgreich gewirkt, den Wohnungsbau gefördert, durch repräsentative öffentliche Gebäude und Schulen das Stadtbild verschönt, die Vereinigung mit Wilhelmsburg durchgeführt und hat trotz anfänglicher Widerstände das Vertrauen aller Wirtschaftskreise erworben. Alles in allem ein Grund, um die 25. Wiederkehr des Tages seines Amtsantritts festlich zu begehen. Im großen Saal des Harburger Rathauses hatten sich deshalb am Montag viele der damaligen Mitarbeiter und Freunde Dr. Dudeks eingefunden, um ihre Verehrung und Wertschätzung, Grüße und Glückwünsche zu überbringen.

Senator a. D. Höhle, Harburgs kommissarischer Bezirksleiter, würdigte die kommunalpolitische Arbeit des früheren Oberbürgermeisters, Präses Dr. Schäfer überreichte im Namen der Handelskammer und der „Wirtschaftlichen Vereinigung Harburg-Wilhelmsburg“ ein Gemälde und Senats-Syndikus Dyes, früher Oberbürgermeister in Harburg, überbrachte die Glückwünsche der Finanzbehörde. Dr. Dudek gedachte abschließend in seinen Dankesworten besonders der verstorbenen Mitarbeiter und betonte, daß seine Verbundenheit mit den Harburger Geschicken durch sein größeres Aufgabengebiet im Senat nicht beeinträchtigt werde. gm.

5. Jan. 1950

Hamb. Allgemeine Zeitung

№ 4

Harburg ehrte Finanzsenator Dudek

In einer Feierstunde im Harburger Rathaus ehrte das Bezirksamt Harburg der Hansestadt Hamburg in diesen Tagen Finanzsenator Dr. Dudek, der vor 25 Jahren sein damaliges Amt als Oberbürgermeister von Harburg angetreten hatte. Der Präsident der Handelskammer Hamburg und der Wirtschaftsvereinigung Hamburg-Harburg, Dr. Schäfer, überreichte ein Porträt Dr. Dudeks, das im Sitzungssaal des Rathauses von Harburg stets an die segensreiche Tätigkeit des Finanzsenators erinnern wird.

Hamburger Echo

Nr. 237

Dem Hüter der Staatsfinanzen

Wenn der „Kämmerer“ in der Bürgerschaft bei einer schwierigen und hart umstrittenen Finanzfrage das Staatsinteresse vertritt, dann gelingt es fast immer seiner überzeugenden Sachlichkeit und doch zugleich launigen Art das Ohr des ganzen Hauses für sich zu gewinnen.

„Ich möchte nicht Finanzsenator der Hansestadt Hamburg sein“, das hat nun schon mancher gute Bürger gesagt, sobald er Einblick in die Arbeit des Finanzsenators Dr. Walter Dudek nehmen konnte, der seit dem Februar des Jahres 1946 — also wohl in der schwierigsten Periode, die Hamburg in seiner wechselvollen Geschichte erlebte — die hamburgischen Finanzen zu verwalten hatte und am 11. Oktober seinen 60. Geburtstag feiern kann.

So weitgehende Anforderungen sind wohl noch niemals an einen Hüter der Finanzen gestellt worden wie in dieser Zeit. Ungeheuer groß sind die sozialen Verpflichtungen, die als Folge des unglückseligen Krieges an den Staat herangetragen werden, und zu schwer ist das wirtschaftliche Leben durch den Krieg angeschlagen, als daß es möglich wäre die Einnahmen so zu steigern, wie sie zur Erfüllung aller notwendigen Verpflichtungen der öffentlichen Hand in den Staatssäckel fließen müßten. Alle fordern die Hilfe des Finanzsenators: die vielen Opfer des Krieges; die Rentner, die Kriegsgeschädigten, die Ausgebombten und Wohnungslosen, die Flüchtlinge und Evakuierten, die Beamten, Angestellten und Arbeiter; auf der anderen Seite aber ertönt aus jenen Kreisen, die die Steuern und sonstigen Einnahmen aufbringen sollen, der laute Ruf: die Steuern sind zu hoch, die Steuern müssen gesenkt werden.

Wenn auch nicht immer und besonders bei denen, die auf einer überdurchschnittlichen Einkommensstufe stehen und einen entsprechenden Lebensstil erkennen lassen, ein solcher Ruf als gerechtfertigt anzusehen ist, so ist doch die Tatsache nicht abzuleugnen, daß heute Einnahmen und Ausgaben des Staates in einem fast unlösbaren Spannungsverhältnis liegen. Dem Finanzsenator ist hier die schwere Verantwortung aufgebürdet, den Ausgleich zu finden. Er ist immer Angriffen und oft heftiger Kritik ausgesetzt, doch fast immer ist auch die

Stärke seiner sachlichen Argumente, gepaart mit einem trockenen Humor, so durchschlagend, daß er sich im hamburgischen Parlament durchsetzt und dabei die Achtung des ganzen Hauses erringt.

Dieses Ansehen genießt der Finanzsenator aber nicht nur in Hamburg, sondern weit über Hamburgs Grenzen hinaus in der ganzen deutschen Bundesrepublik. Man schätzt in ihm einen der besten Finanzfachleute, dessen Wort in allen Gremien etwas gilt, in denen er für das Wohl Hamburgs eintreten muß.



Es wird dem Finanzsenator an seinem 60. Geburtstag nicht an Anerkennungen und Glückwünschen fehlen, in denen die Hoffnung zum Ausdruck kommt, daß er noch recht lange an der gleichen verantwortlichen Stelle über die hamburgischen Staatsfinanzen zum Wohle der Bevölkerung wachen möge. Vielleicht ist es ihm darum an diesem Tage einmal vergönnt, etwas mehr „privat“ zu sein, wie es der Feier des 60. Geburtstages entsprechen würde und wozu sonst der nie abreißende Arbeitsanfall eines Finanzsenators kaum Zeit übrigläßt. In diesem Sinne schließen auch wir uns mit herzlichen Glückwünschen an den Leiter der hamburgischen Finanzen an.

Hamburger Freie Presse

Nr. 237

Der Kämmerer wird 60

Hamburgs Kämmerer, Senator Dr. ~~Walter Dudek~~, wird am 11. Oktober 60 Jahre alt. Der geborene Altenburger kam schon 1925 an die Elbe, als er, bis dahin Stadtrat in



Dortmund, zum Oberbürgermeister von Harburg-Wilhelmsburg gewählt wurde. Hier stand er zwar öfter im Gegensatz zu hamburgischen Wünschen, die aus dem ungelösten Groß-Hamburg-Problem entstanden, aber man wußte in der Hansestadt immer, daß jenseits der Elbe ein tüchtiger Oberbürgermeister wirkte. Natürlich wurde der SPD-Mann 1933 aus seinem Amt entfernt.

Bald nach der Kapitulation kam Dr. Dudek wieder zu Amt und Würden. Zunächst ging er als Kreisdirektor nach Harburg, wurde aber schon im Februar 1946 zum Finanzsenator der Hansestadt gewählt. Seit dieser Zeit gehört er auch der Hamburger Bürgerschaft an. Als Finanzfachmann war er maßgebend an der Vorbereitung der Währungsreform beteiligt. Seit einiger Zeit gehört er auch dem Bundesrat an, in dem er den Sonderausschuß für den Lastenausgleich leitet. M.

Die Welt (Hamburg)

Nr. 238

Stille Liebe für Harburg**Finanzsenator Dr. Dudek wird heute 60 Jahre alt**

Im Zimmer 104 des finanzbehördlichen Backsteinbaus am Gänsemarkt häufen sich heute Glückwünsche und Geschenke: Stadtkämmerer Dr. Walter Dudek begeht seinen 60. Geburtstag. Nicht nur in der Hansestadt weiß man seine Arbeit und seine Initiative zu schätzen, in Bonn ist Hamburgs Finanzsenator eine ebenso bekannte Erscheinung wie vorher schon im Frankfurter Wirtschaftsrat. Man kennt ihn als Meister des

Altenburg wurde Walter Dudek geboren, besuchte hier das humanistische Gymnasium, studierte in Kiel, Leipzig, Berlin und Jena Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und bestand 1919 seine zweite juristische Staatsprüfung. Bereits 1917 trat er der SPD bei. Mit 29 Jahren wurde er Erster Bürgermeister von Fürstenwalde (Spree) und widmete sich von 1922 bis 1924 als Stadtrat in Dortmund der Förderung des kommunalen Sozialwesens.



DR. WALTER DUDEK

Foto: Kempe

Bonmots, jede seiner Reden bringt kleine Kabinettstücke der Formulierung, die ebenso treffend wie erheiternd sind.

Besondere Hochachtung wird ihm im südlichen Teil der Hansestadt entgegengebracht, denn der Weg in den Senat führte für Dr. Dudek über Harburg-Wilhelmsburg. „Das müssen wir einmal Dudek vortragen“, heißt es heute noch im Harburger Rathaus, denn man weiß, daß der Kämmerer eine stille Liebe für jene Stadt bewahrt hat, in der er acht Jahre lang als Oberbürgermeister verdienstvoll schaffen konnte und in der er auch jetzt noch wohnt.

In der thüringischen Spielkartenstadt

1925 wählten die Harburger Dr. Dudek zu ihrem Stadtoberhaupt, einen damals noch verhältnismäßig jungen Mann von 35 Jahren, den sehr schwierige Aufgaben erwarteten. Aber der neue Oberbürgermeister verstand es, sich durchzusetzen. Ihm gelang die Verschmelzung Wilhelmsburgs mit Harburg, er betrieb den Abschluß der Preußisch-Hamburgischen Hafengemeinschaft, widmete sich der Förderung von Industrie und Handwerk, unterstützte den Bau von Wohnungen und Schulen (auch die Friedrich-Ebert-Halle entstand in jenen Jahren), modernisierte die Verwaltung und sorgte dafür, daß die Großstadt Harburg-Wilhelmsburg einen ausgeglichenen Haushalt besaß.

Im Jahre 1933 mußte Dr. Dudek aus dem Amt ausscheiden, in Berlin fand er als Kaufmann wieder eine Betätigung. Mit einer Kriegsdienstverpflichtung zum Landeswirtschaftsamt Salzburg begann 1944 seine Rückkehr in die Verwaltung. Nach dem Zusammenbruch rief die Hansestadt den verdienten Kommunalpolitiker zurück. Nach vorübergehender Tätigkeit an der Kreisverwaltung 8 in Harburg erfolgte im Februar 1946 Dr. Dudeks Wahl zum Finanzsenator.

Neben seinen Aufgaben als Präses der Finanzbehörde war Dr. Dudek 1948 als Mitglied der Sonderstelle für Geld und Kredit an den Vorbereitungen zur Währungsreform beteiligt. Jetzt ist er Vorsitzender des Arbeitsstabes für Geld- und Kreditpolitik beim Bundesrat sowie der Gutachterkommission für den Lastenausgleich. Schließlich gehört er als Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied mehreren öffentlichen Unternehmen an.

gm

Die Welt (Hamburg)

№ 288

Offener Brief an Senator Dudek

Sehr geehrter Herr Senator!

Ich erlaube mir, mich in einer grundsätzlichen Frage, die nach meiner Überzeugung zu ernster Sorge Anlaß gibt, an Sie zu wenden.

In den Jahren 1945/46 hat der Staat in erheblichem Umfang Kraftfahrzeuge von Privaten enteignet und in RM entschädigt. Soweit diese Fahrzeuge für den Bedarf der Behörde herangezogen wurden, sind sie jetzt verschiedentlich den früheren Eigentümern zum Rückkauf zum vollen Preis in DM angeboten worden.

Rechtsprechung und Presse haben sich bereits des öfteren mit diesen Fällen befaßt und auf deren Unbilligkeit hingewiesen, dabei aber festgestellt, daß formaljuristisch dagegen nichts zu unternehmen sei, da die Behörden seinerzeit die Kraftfahrzeuge ordnungsmäßig erworben hätten und daher bei einem Wiederverkauf heute den vollen Wert in DM fordern könnten und müßten.

Mir liegt im Augenblick nun ein Fall vor, in dem einem Taxenbesitzer der einzige Wagen, also seine Erwerbsquelle, 1946 gegen 800 RM Entschädigung enteignet worden ist und heute von Ihrer Behörde zunächst für 1600 DM zum Rückkauf angeboten wurde; auf spätere Interventionen wurde der Preis allerdings ermäßigt.

Dieser Fall veranlaßt mich, doch noch auf eine andere als die rein formaljuristische Seite dieser Frage hinzuweisen.

Der Staat hat 1945 seinen Staatsbürgern gegen deren Willen einen Sachwert fortgenommen und will jetzt den dadurch tatsächlich erzielten Währungsgewinn durch Verkauf realisieren, nachdem der fortgenommene Gegenstand für den öffentlichen Zweck, der allein die Enteignung rechtfertigte, nicht mehr gebraucht wird. Die dem Staat zur Wahrung des Gemeinwohls verliehene hoheitsvolle Macht hat hier also, objektiv gesehen, im Endeffekt zur Erlangung eines Währungsgewinns gedient.

Die staatliche Autorität ist heute nach all den Wechselfällen der vergangenen Jahre nicht so über alle Zweifel erhaben und die Fälle solcher Rückkaufsangebote nicht so unbedeutend, daß man über sie als Quantité négligeable einfach zur Tagesordnung übergehen kann.

Gerade die Finanzverwaltung benötigt bei ihren Bemühungen um Wiederherstellung der Steuer- und Zollehrlichkeit der Staatsbürger dringend innerer Autorität, da die Mittel äußerlicher Macht nur begrenzte Wirksamkeit haben. Durch solche Angebote gerät der Staat in Gefahr, sein Gesicht und damit seine Autorität gegenüber all den Staatsbürgern zu verlieren, auf deren Kosten er solche Währungsgewinne erzielt hat, und nicht nur diesen gegenüber allein, sondern

auch gegenüber ihren Familien, Freunden und ihren gesamten Lebenskreisen.

Ich verkenne durchaus nicht, daß der Staat buchmäßig erhebliche Werte verliert, wenn er die seinerzeit enteigneten, heute nicht mehr gebrauchten Wagen den alten Eigentümern unentgeltlich zurückgeben würde. Ich glaube aber, daß der Verlust an innerer Autorität, den der Staat andernfalls erleidet, viel schwerer wiegt.

Ich erlaube mir daher, an Sie, sehr geehrter Herr Senator, die Bitte zu richten, sich dieser Sorge nicht zu verschließen und zu überprüfen, ob es nicht möglich sein sollte, durch Rückgabe nicht mehr benötigter, früher enteigneter Kraftfahrzeuge und anderer Sachen dem Staat ein zusätzliches Kapital an Vertrauen anzusammeln.

Wegen des allgemeinen Interesses der Öffentlichkeit an dieser Frage habe ich mir erlaubt, diesen Brief gleichzeitig in der Tageszeitung „Die Welt“ zur Veröffentlichung zu bringen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener

Dr. Kurt Ehlers, Rechtsanwalt